

Blöße. Parallel mit ungeheuren Truppentransporten nach der Sowjetgrenze, mit der endgültigen Vervollständigung tiefer Waffen- und Munitionsarsenale, gehen Klientele auf die Ostbahn, werden unter Ausnutzung russischer weißgardistischer Banden immer scheußlichere Verbrechen und Anschläge längs der Grenzen des sozialistischen Staates organisiert und durchgeführt. Sowjetrussische Funktionäre der Ostbahn werden massenweise von der japanischen Generalität des mandchurischen Pufferstaates der deutegierigen Kriegstreiber verhaftet und täglich wechseln die Formen der ungeheuerlichsten Provokationen, die der Welt gegenüber mit den raffiniertesten Schwindelmeldungen getarnt werden.

Das Ziel ist klar. Die konsequente und unbedingte Friedenspolitik des Landes des hegemonischen sozialistischen Aufbaues muß durchkreuzt werden. Die kapitalistische Welt treibt mit der laminarhaftesten Krise ihrer Wirtschaft der Katastrophe, dem Kriege zu. Morgen schon muß sie ihn entfesseln und treibt ihren japanischen Spionagetler zur Eile, weil es für sie keinen anderen Ausweg aus dem Zusammenbruch gibt. Der Krieg des Kapitalismus gegen den Sozialismus ist unvermeidlich und un-

Solidaritäts - Kundgebung

Donnerstag, den 21. April 1932, 19.30 Uhr, im Orpheum, Dresden-N., Kamenzer Straße
Es treten auf: Balalaika 1929. Referent: Hans Rott, Frankfurt. Thema:

20 000 tschechische Bergarbeiter im Kampf

Unkostenbeitrag: 15 und 25 Pfennig

ausschießbar, weil die Imperialisten ohne ihn nicht weiter können. Lenin hat einmal angeichts der englischen Kriegsprovokation erklärt: „Wir wollen, ihr wollt den Krieg!“ Jetzt ist es soweit, jetzt müssen sie ihn auslösen und wenn er da ist, wirft er mit ungeheurerlicher Schnelligkeit über die Grenzen hinaus nach Europa springen.

Europas Bourgeoisie ist unter Frankreichs Führung der Organisator. In seinen Grenzen werden mit den Willkürden, die die Kapitalisten aus den Taschen der Werttätigen hehlen, die Nordmächte der modernen Kriegsführung hergestellt. Und an seinen Grenzen werden die Soldatenarmee aufgestellt, die unter dem Schlagwort: „Gegen den Bolschewismus“ die 100 Millionen befestigte Arbeiter und Bauern der Sowjetunion und ihr Land den kapitalistischen Mächten, der kapitalistischen Ausbeutung zurückerobern sollen.

Mit einer beispiellosen Hetz- und Verleumdungskampagne wird in Deutschland die ideologische Kriegsbereitschaft organisiert. An der Spitze steht die sozialdemokratische Führergarde, die in ihren Zeitungen von den „roten Jarnstiefeln des Diktators Stalin“ schreibt, um die sozialdemokratischen Arbeiter der „Eiserne Front“ über Hindenburg zum offenen Faschismus des deutschen Imperialismus zu führen. So wie sie die Arbeiter schon einmal ins große Hauptquartier Wilhelms II. führte, so führt sie heute gemeinsam mit der 2. Internationale das Proletariat in den Interventionenkrieg gegen die Sowjetunion.

Dort mündet die Notverordnungspolitik, der grausame Hungerfeldzug der Kapitalisten gegen die Werttätigen, von den sozialistischen Führern bedingungslos unterstützt. Dort mündet die faschistische Kapitalblutspur, die gesteigerte Kriegsproduktion und der Transport von Kriegsmaterial.

Hämmert es den Millionen sozialdemokratischen und parteiloser Arbeiter ein, Genossen! Begreift den ganzen Ernst der Situation, die imperialistische Krieg bedeutet. Mobilisiert die Massen in den Betrieben und auf den Stempelstellen, die Frauen und die Jugend des Proletariats. Rückhaltloser Kampf gegen den imperialistischen Krieg, das ist der Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, der Streik gegen die Rüstungskapitäne und ihre Kriegsproduktion in Verbindung mit dem Streik gegen den Vohrraub. Der Kampf gegen den Krieg, das ist die Kampfbereitschaft der Eisenbahner und Transportarbeiter, um jede Beförderung von Kriegsmaterial zu verhindern, das ist die außerparlamentarische Aktion gegen die brutale Massenbelästigung durch Steuerdruck, Miet- und Preiswucher, durch Unterdrückungsmaßnahmen. Der kapitalistische Staatsapparat macht keine Machtmittel mobil, um die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse, die kommunistische Partei, den kommunistischen Jugendverband und die revolutionären Massenorganisationen zu unterdrücken und zu verbieten in der Absicht, damit die revolutionäre Entschlossenheit der Arbeiter zum Kampf gegen den Interventionenkrieg zu lähmen. Andererseits sollen nach den Plänen Groeners alle Kräfte, von der verbotenen SA bis zum Reichsbanner, unter dem Decknamen „Nationalspott“ in die Front des Krieges und des Faschismus eingereiht werden.

Alle diese Tatsachen, die den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch des Interventionenkrieges der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion, des Raubkrieges des verfaulenden kapitalistischen Systems gegen das von Sieg zu Sieg eilende System des Sozialismus signalisieren, müssen die gesamte Arbeiterklasse wahrheitsgemäß zur entschlossenen Übernahme des Kampfes für die Verteidigung Sowjetlands gegen die eigene triegslüsterne Bourgeoisie. Mit dem Kampf gegen die Vohrraubmaßnahmen der Unternehmer, gegen den Unterdrückungsabbau, gegen faschistische Unterdrückung, gegen sozialfaschistischen Arbeiterbetrug und nationalsozialistischen Mordterror gilt es unter der Führung der KPD unverzüglich die Fahne des Kampfes gegen die Kriegstreiber im eigenen Lande aufzurichten. Nacht mobil in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Orten! Börgert nicht! Reicht euch ein in die rote Einheitsfront zur Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes, der Sowjetunion, Sozialdemokratische, parteilose und christliche Arbeiter, steht fest zusammen mit euren kommunistischen Genossen. Erkennt, daß der Kampf gegen imperialistischen Krieg — für Verteidigung Sowjetlands der Kampf um eure eigenen Interessen, für eure eigene Existenz ist. In diesem Sinne organisiert gemaltige Massenemonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai, dem internationalen Kampf- und Solidaritätstag des Weltproletariats. Marchiert geschlossen auf unter der revolutionären Führung der KPD und KSD. Vorwärts gegen die imperialistischen Kriegstreiber unter der Kampfp parole: „Klasse gegen Klasse“, vorwärts zur Verhinderung der Kriegsproduktion, vorwärts zum Kampf um Brot und Freiheit, um den Sozialismus, der einzigen Garantie für den Frieden!

Deutsche Waffen für Japan

Die Gewehr- und Waffenfabrik der Maierwerke AG in Oberndorf a. Neckar (Württemberg) arbeitet seit einigen Wochen mit erhöhter Belegschaft. Besonders in den Abteilungen, wo Pistolen und Gewehre hergestellt werden, wird mit Hochdruck gearbeitet. Wie wir erfahren, wurde selbst in den Dieselsektionen eine Lieferung von 1000 Standard-Gewehren (modernes Modell) nach dem Fernen Osten zum Versand gebracht. Dieses Beispiel zeigt neben vielen anderen, die in der „Kriegsproduktion“ der Imperialisten.

Rapide Zunahme der Wohlstands-erwerbslosen in Sachsen

Rund 45 Prozent aller Erwerbslosen auf die Hungergrößen der Fürsorge angewiesen. Sorgen weitere Verelendung schafft rote Einheitsfront zur Sicherung eurer Existenz

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse versucht tagtäglich den Nachweis zu führen, daß eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist. Jede, auch die kleinste Veränderung in der Erwerbslosenzahl wird in seinen Leitern von ihr registriert. In Wirklichkeit wächst die Zahl der Erwerbslosen, insbesondere die der Hungerlosen. So sind die Wohlfahrtserwerbslosen in Sachsen nach den Meldungen der Bezirksfürsorgeverbände an das sächsische Landesamt im März 1932 um rund 13000, nämlich von 262 165 auf 275 205 gestiegen, hierzu kommen noch 9134 Unterhaltungsempfänger, deren Anerkennung als Wohlfahrtserwerbslose am Sonntag noch nicht ausgesprochen war. Rechnet man diese hinzu, so ergibt sich Ende März in Sachsen ein Bestand von 284 339 Erwerbslosen, die von der Wohlfahrt unterstützt werden. Das sind rund 45 Prozent aller Erwerbslosen in Sachsen.

Sicher dürfte die Zahl noch wesentlich höher sein. Bekannt ist, daß durch die Notverordnungen ganze Gruppen Arbeiter, insbesondere die Jugendlichen und Ehefrauen aus der Erwerbs-

losenversicherung herausgelogen. Durch eine raffinierte Verflechtung der Anträge werden von den Bezugsberechtigten weitere Wohlfahrtserwerbslose kommen bestimmt werden. Zudem sind die heute weder bei den Wohlfahrtämtern noch beim Landesamt registriert sind, weil für sie der Weg dorthin gesperrt ist.

Die Kommunen wollen sich der Verantwortung der Wohlfahrtserwerbslosen entziehen. Die Forderung nach Vereinfachung der gesamten Arbeitslosenversicherung wird von der Regierung zum Zwecke des reiblosen Abbaues aller Unterhaltungsmaßnahmen. Gemeinam mit den Betriebsarbeitern muß die Frage des außerparlamentarischen Kampfes in roter Einheitsfront gestellt werden. Schlicht die rote Einheitsfront zur Verhinderung weiterer Unterhaltungsgrößen für die Erhaltung der Existenz, für die Sicherung eurer Existenz!

Neues Betrugsmanöver der SPD

Was bedeutet ihre Parole „Gegen den Naziterror in Sachsen“? Schiedsregierung soll weiter geschützt werden. Sammelt die Arbeiter zum außerparlamentarischen Kampf

Wir haben gestern bereits in unserem Leitartikel darauf hingewiesen, daß sehr, sehr nach dem roten Volkentwurf, die SPD-Presse selbst in den letzten Wochen mancherlei Vorgänge in Sachsen, die uns nur allzu sehr einen Vorgeschmack von dem geben, was wir zu erwarten hätten, wenn wirklich Gregor Ströher im sächsischen Innenministerium thronete. In den sächsischen Amtsblättern scheint so mancher zu stehen, der sich entweder schon zu den Anhängern Hitlers zählt oder sich doch für den Fall, daß das Dritte Reich kommt, gebührend sichern will. Deswegen drückt offenbar so mancher sächsischer Beamte beide Augen zu, wo es seine Pflicht wäre, darauf zu achten, daß die sächsische Bevölkerung vor den Nazihorden geschützt wird und daß die Gesetze beachtet werden. Bei der Durchführung der gebotenen polizeilichen Maßnahmen fehlt es häufig an der notwendigen Energie, und manchmal schiebt er gerade so aus, als wenn die zuständigen Stellen eifrig bemüht wären, zu verhindern, daß die Naziklimalen, die gegen die Gesetze verstößen, festgestellt und einer Verhaftung zugeführt werden.

Was bedeutet die SPD mit diesen ihren Feststellungen, die von uns tagtäglich und besonders in der Volkenschilderkampagne mit aller Deutlichkeit gemacht wurden? Es handelt sich hier um weiter nichts, als um ein neues Manöver der SPD und ihrer Zeitungen, die Arbeiterschaft von dem Kampf gegen die Schiedsregierung abzuhalten. Die SPD gibt mit diesen Veröffentlichungen ihre Rolle als Hauptstütze der sächsischen Schiedsregierung, der Brüning-Faschale in Sachsen nicht auf, sondern will sie damit nur verstärkt weiter spielen. Das kommt in einem weiteren Absatz des Artikels der Volkszeitung offen zum Ausdruck. Nach der Aufzählung einer Reihe von Fällen, die den Schutz der Nazis durch Schied und seine Staatsorgane beweisen sollen, heißt es:

„Die Landtagsfraktion verlangt von der Regierung Auskunft darüber, was sie zu tun gedenkt, um die friedliebende Bevölkerung zu schützen, und sie fordert, daß in der notwendigen Weise von den Gesetzen auch gegen die Nazis Gebrauch gemacht wird. Beamte, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, sollen zur Rechenschaft gezogen und eventuell ihres Dienstes entbunden werden. Es ist in der Tat dringend nötig, daß sich die Regierung etwas mehr darum kümmert, was draußen auf dem Lande geschieht. Sie hat bisher die Fingel offenbar allzu sehr geschlossen.“

Die Landtagsfraktion verlangt von der Regierung Auskunft darüber, was sie zu tun gedenkt, um die friedliebende Bevölkerung zu schützen, und sie fordert, daß in der notwendigen Weise von den Gesetzen auch gegen die Nazis Gebrauch gemacht wird. Beamte, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, sollen zur Rechenschaft gezogen und eventuell ihres Dienstes entbunden werden. Es ist in der Tat dringend nötig, daß sich die Regierung etwas mehr darum kümmert, was draußen auf dem Lande geschieht. Sie hat bisher die Fingel offenbar allzu sehr geschlossen.

Wir sagen zu diesen Anträgen den Arbeitern ganz einfach: Dieser Landtag wird keine Anträge annehmen, die im Namen der Arbeiter liegen, ebenso wie diese Regierung keine Anträge annehmen wird, die sich gegen den Faschismus richten. Der Kampf gegen den Faschismus, für die Interessen der Arbeiter, kann erfolgreich nur auf außerparlamentarischen Wege geführt werden. Und dazu gilt es, die rote Einheitsfront der Arbeiter in den Betrieben und an den Stempelstellen zu stärken und zu verbreitern. Dafür gilt es tagtäglich zu kämpfen gegen die Schiedsregierung und ihre Hauptstütze, die SPD, die so wie gegen den Nationalsozialismus!

Erwerbslose erkämpfen Unterstützungszahlung - Barricaden in Arbeiterstraßen

Zusammenstöße mit freitrenden Pflüchlarbeitern und Polizei!

Frankfurt a. M., 19. April.

In Langenfeld (Hessen) demonstrieren am 17. April die Erwerbslosen vor dem Rathaus. An die 1000 Männer, Frauen und Kinder brachten die Forderung der 100prozentigen Auszahlung der Unterhaltungen von den Magistrat. Wenige Tage vorher war bekannt gegeben worden, daß die Behörden nur 50 Prozent auszahlen könnten, da angeblich keine Mittel vorhanden seien. Das Ergebnis der Kundgebung war die Auszahlung der vollen Unterstützungszahlung. 50 Prozent wurden in bar und 50 Prozent durch Lebensmittelgutscheine sofort ausgegeben.

Breslau, 19. April.

Am Sonnabend kam es in Gogolin zwischen freitrenden Pflüchlarbeitern und der Polizei zu schweren Zusammenstößen. Die Gogoliner Pflüchlarbeiter streben seit Montag im Streik und wollten sich die Wohlfahrtunterstützung holen. Als die Auszahlung von der Gemeindeverwaltung abgelehnt wurde, kam es zu einer großen Demonstration vor dem Rathaus, die von der Polizei auseinandergetrieben wurde.

Die Polizei verfolgte die Wohlfahrtsempfänger bis in die Arbeiterquartiere. Dort verschanzten sich die Arbeiter in den Straßen hinter zusammengeklappten Tischen, Brettern und allerlei Gerümpel. Der Kampf ist noch nicht abgeschlossen; die Gogoliner Pflüchlarbeiter sind bereit, weiter für ihre Rechte zu kämpfen.

Wettervoraussage

Wolfig, zeitweise aufhellende Winde, Trocken. Höchstens örtlich gewitterartige Störungen nicht ausgeschlossen. Etwa Zunahme der Temperaturen, meist schwache Vultbernung im Nordosten.

Gegen die Steigerung der Mieten der Unterstützungsempfänger

Nachstehend veröffentlicht mit dem Antrag der kommunalen Landtagsfraktion, den viele zur Entlastung der Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger von den durch den Währungssteuer erhöhten Mieten eingebracht hat. Der Antrag lautet:

Durch das Inkrafttreten der 1. Notverordnung über die Erhöhung der Mietensteuer um 20 Prozent, ist für einen großen Teil der Bevölkerung eine Mieterhöhung ab 1. April eingetreten. Diese Mieterhöhung betrifft insbesondere die Erwerbslosen, die nur von den wenigen Pfennigen der Unterstützung für ihren Lebensunterhalt müssen. Gleichlaufend mit dieser Erhöhung der Mieten geht der Abbau der Unterhaltungen einher. Wir fordern, daß die sächsische Regierung die volle Höhe der Reichsnotverordnungen zulässige Übernahme der Kosten der Mieten durch Gemeinde und Staat durchführt.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen,

1. sofort anzuweisen, daß die durch die Mieterhöhung verursachte Belastung der Mieter durch die Gemeinden zu übernehmen ist.
2. die hierzu erforderlichen Mittel für die Mieterhöhung an die Gemeinden zu überweisen,
3. die Zahlungen haben nur an Hausbesitzer, deren Einkommen 5000 Mark jährlich nicht übersteigt, zu erfolgen. An die übrigen Hausbesitzer sind die Wohlfahrtsempfänger die von den Mietern nicht zu zahlen sind, nicht zu zahlen.

Die...
Japanische...
Frauen...
von Emu...
Fortsetzung...
Es fühlte ein...
Da wurde ih...
Lebens begann...
Wagen machten...
Schliffen Pfei...
Wählich hält...
Marmeladen deut...
das? Alles schr...
Gilegerangriff!!
Als sie die Tu...
„Gott, das fer...
Schönerin, die gar...
Sie wurden in...
Zwei Stunden in...
Wände — währen...
Dort. Es knall...
Das ist die Fil...
Euren und Brum...
Detonationen die...
Überlaub...
Als die Gefas...
trauch man davon...
Bombe eingeschlag...
tante Stadtwert...
Das war der...
kommen konnte